

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 27.05.2022

Pressekontakt: Dr. Nergiz 030 450 89 119

Zum 29. Mal der 29. Mai! An diesem Sonntag jährt sich der rassistische Brandanschlag in Solingen, bei dem fünf Menschen einer Familie starben, zum 29. Mal.

Hierzu erklärt der Vorsitzende des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrats Memet Kilic:

„Fast drei Jahrzehnte sind seit dem grausamen Anschlag vergangen, die Erschütterung ist gegenwärtig und tief. Wir gedenken den Menschen, die in Solingen ihr Leben verloren haben und fühlen uns in Trauer mit ihren Hinterbliebenen verbunden.“

Die Zahl rassistischer Angriffe auf Personen, die für die Täter*innen nicht „Deutsch“ genug aussehen, ist stets erschreckend hoch, auch im Alltag und in der Politik ist die Hemmschwelle für rassistische Äußerungen im Sinkflug. Aktuelle Studien, bspw. der Rassismusmonitor des DeZIM belegen, dass beinahe die gesamte Bevölkerung (90%) Rassismus als Realität erkennt und jede zweite Person Rassismus als ein Phänomen sieht, das den Alltag und die Institutionen der Gesellschaft prägt. Dass fast zwei Drittel der Gesellschaft bereits mit Rassismus konfrontiert worden ist, ist ein Armutszeugnis für unser Land.

Das kann so nicht weitergehen - Gedenken und Trauern sind bei weitem nicht genug für die Aufarbeitung der rassistischen Fälle oder gar für den Kampf gegen Rassismus.“

Es brauche erstens ein Bewusstsein, dass die Tat in Solingen zur Kontinuität von rassistischen Anschlägen in Deutschland - wie z.B. in Rostock, Hoyerswerda, Mölln und aktueller in Hanau und Halle – gehört! Zweitens müsse sich eine starke Erinnerungskultur etablieren, die gesamtgesellschaftlich verankert und an konsequente staatliche Antirassismusmaßnahmen angelehnt sei, so Kilic.

Kilic: „Es ist bitter nötig und überfällig, dass die Historie der rassistischen Anschläge und ihre Opfer in das kollektive Gedächtnis rücken. Hierfür braucht es Gegenmaßnahmen zu strukturellem Rassismus und nachhaltige Konzepte gegen rassistische Denk- und Handlungsstrukturen, die ein vielfältiges Demokratieverständnis stärken. Antirassistische Haltung, Zivilcourage, politische Bildung und Sensibilisierung für demokratiefeindliche Haltungen als Pflichtkurse gehören in alle Lehr- und Ausbildungspläne von KiTa bis zur Berufsausbildung - egal ob als Lehrkraft, Polizist*in Justizpersonal oder eben Journalist*in.“

Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) fordert außerdem, einen nationalen Gedenktag für Rassismusopfer in Deutschland zusätzlich zum europäischen Gedenktag an Terroropfer.

Über BZI: Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) ist die bundesweite Interessenvertretung der Landesorganisationen von kommunaler Integrations-, Migrations- und Ausländerbeiräte in fast allen Bundesländern. Der BZI arbeitet religions-, ethnien- und parteienübergreifend.